

Herrn Staatsminister
Helmut Brunner, MdL
Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Ludwigstraße 2
80539 München

15. Mai 2009

Offener Brief: Ehrlichkeit und schnelles Handeln in der Milchpolitik

Sehr geehrter Herr Staatsminister Brunner,

die derzeitige Situation unserer Milchbauern ist prekär und Besorgnis erregend zugleich. Auch wenn sich auf den internationalen Märkten langsam preistabilisierende Tendenzen abzeichnen, drohen die Milchpreise ohne konsequente und rasch wirkende Gegenmaßnahmen in den nächsten Monaten auf diesem miserablen Niveau zu verharren. Wir sind uns alle einig, dass dies für Milcherzeuger zu dramatischen Erlöseinbußen führt und auch von etlichen Milchviehbetrieben dies nicht zu verkraften sein wird. Fakt ist, dass der Milchmarkt ein europäischer Markt ist und sich nicht auf regionale oder nationale Grenzen reduzieren lässt. **Da sofort wirksame Maßnahmen für unsere Milcherzeuger gefordert sind, frage ich Sie:**

Im Programm der CSU für die Wahl zum Europäischen Parlament steht als Position zur Milchpolitik: Die CSU wird auch in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes für eine preisstabilisierende Milchmengensteuerung eintreten. Ich gehe davon aus, dass Sie hierfür ein klares Umsetzungskonzept und fachlich bewiesene Wirkungsbelege an der Hand haben sowie auch die politischen Mehrheiten unter den Bundesländern und auf europäischer Ebene unter den 27 EU-Staaten bereits gewonnen haben. In Verantwortung für die bayerischen Milcherzeuger bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Staatsminister Brunner, sofort diese wichtigen Fakten auf den Tisch zu legen. Um nicht missverstanden zu werden, mir geht es in meiner Verantwortung als Vorsitzender des Verbandes der Milcherzeuger Bayern e.V. darum, jeden tragfähigen und real umsetzbaren Lösungsansatz zu unterstützen, der die wirtschaftliche Situation unserer Milchviehbetriebe am Markt nachhaltig verbessert. Dafür brauchen unsere Betriebsleiter Klarheit und Wahrheit.

Herausstellen muss ich hier auch nochmals ausdrücklich, dass der Verband der Milcherzeuger Bayern e.V. und der Bayerische Bauernverband deutlich Position bezogen haben und beziehen:

- Bei den Beratungen zur Agenda 2000 im Jahr 1999 und zur Agrarreform im Jahr 2003 haben wir uns für die Quote eingesetzt.
- Den europäischen Vorschlag für die 2-prozentige Quotenaufstockung zu Beginn des Jahres 2008 und auch den Vorschlag der 5x1 Prozent beim Health Check haben wir strikt abgelehnt.
- Vor und nach dem Health Check fordern wir unablässig, die Milchquote bis 2015 zu leben.
- Wir fordern sofort wirksame Maßnahmen, da unsere Bauern jetzt Hilfe brauchen (Anlage).

Sie haben in den letzten Wochen mehrfach über die Fachpresse verlauten lassen, dass Sie den Einbehalt bzw. ein Aussetzen von 5 % der Quote fordern, die im übrigen erst Ende März 2010 ihre Wirkung – und dann auch nur für 1 % – entfalten würde. Ihre Aussage ist für mich sehr überraschend, sind doch die Entscheidungen zum Health Check erst Ende November 2008 getroffen worden. Herr Ministerpräsident Seehofer war damals bei den monatelangen Beratungsrunden noch selbst als Bundeslandwirtschaftsminister beteiligt. Bei den entscheidenden Beratungen zum Health Check am 20. November 2008 hat dann Frau Bundesministerin Aigner die Grundlage für den sogenannten Milchfonds und die Überprüfungen des Milchmarktes 2010 und 2012 errungen, aber nach Abstimmung mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten in der letzten Verhandlungsnacht dem Gesamtpaket zugestimmt, mit dem letztlich auch das bereits 2003 von den EU-Agrarministern gegen den Willen des Bauernverbandes beschlossene Ende der Quote im Jahr 2015 bestätigt wurde. Und dieses Gesamtpaket umfasst bei der Milch die Erhöhung der Milchquote europaweit um fünf weitere Schritte mit jeweils einem Prozent, die Sonderregelung für Italien für die sofortige fünfprozentige nationale Quotenerhöhung und die Halbierung der Fettkorrektur. Präsident Sonnleitner hatte Frau Bundesministerin Aigner vor der abschließenden Entscheidung der 27 EU-Agrarminister über den sich abzeichnenden Verhandlungsstand gebeten, zu diesen Punkten beim Nein zu bleiben.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Brunner, ich appelliere an Ihre politische Führungsverantwortung, wenn es um eine klare, nicht von Sonderereignissen beeinflusste Linie und Vorgabe für unsere bayerischen Milcherzeuger geht. Eine abseits der Realität geprägte Politik ist keine nachhaltige und von Erfolg gekrönte Strategie, den Milchstandort Bayern mit möglichst vielen Milcherzeugerfamilien über diese schweren Klippen zu bringen. Wir brauchen jetzt wirksame Hilfe, wie sie unter anderem in der Resolution der Kreisobmänner und Stellv. Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes vom 23. April enthalten sind (Anlage).

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Leonhard Welzmler

Anlage

Resolution der Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes

vom 23. April 2009



Bayerischer
Bauernverband

Konjunkturmaßnahmen für Bauern überfällig!

„Die weltweiten Folgen der Finanzkrise schlagen sich über die Agrar- und Holzmärkte mit rückläufiger Nachfrage und starkem Preisverfall auch erheblich bei den Erlösen unserer rund 118.000 bayerischen Bauernfamilien nieder. Deshalb muss vor allem die Bundesregierung jetzt endlich auch Konjunkturmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft beschließen“, fordern die rund 140 Kreisobmänner und Stellv. Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes bei ihrer Frühjahrstagung.

Die Erzeugerpreise für Milch und Getreide haben in den zurückliegenden Monaten einen massiven Preisverfall erlitten. Die Preise für Schweine und Ferkel waren in den letzten zwei Jahren absolut nicht kostendeckend. Viele andere hochwertige Produkte unserer Bauern wie Fleisch brauchen dringend bessere Absatzmöglichkeiten. Die verschlechterte Marktlage geht wesentlich auf eine rückläufige Nachfrage, nicht jedoch auf eine wachsende Produktion zurück. Damit droht 2009 gerade für Milcherzeuger, aber auch für andere landwirtschaftliche Betriebe zu einem verlustreichen, zum Teil sogar existenzgefährdenden Jahr zu werden.

Die Bäuerinnen und Bauern sind von der Regierungskoalition in Berlin enttäuscht, dass nahezu allen Wirtschaftsbranchen direkte Unterstützung über die verschiedenen Rettungsschirme oder Konjunkturpakete gegeben werde, nur bislang nicht den bäuerlichen Familienbetrieben. Der Automobilindustrie greift man mit fünf Milliarden Euro zur Steigerung der Nachfrage über die Umweltprämie unter die Arme und dem Handwerk mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Rechnungen bis zu 1.500 Euro.

Die Kreisobmänner des Bayerischen Bauernverbandes fordern spürbare Kostenentlastungen sowie Konjunktur- und Hilfsmaßnahmen, um Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum zu sichern. Die bayerische Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft steht für über 600.000 Arbeitsplätze und rund 15 Prozent des Produktionswertes der bayerischen Gesamtwirtschaft.

Sicherung der Liquidität

- Bund und Länder müssen sofort **zinsverbilligte Liquiditätshilfen** anbieten, auch **Steuerstundung** sowie **Aussetzung und Anpassung der Steuervorauszahlungen**.
- Bund und Länder sind aufgefordert, die **Auszahlung der EU-Direktzahlungen** auf den **1. Juli 2009** vorzuziehen. In anderen europäischen Ländern, wie zum Beispiel Irland, wird die Auszahlung der EU-Direktzahlungen zu einem früheren Zeitraum bereits praktiziert. Dies muss auch in Deutschland möglich sein.
- Die im **EU-Konjunkturprogramm** bereitgestellten etwa 90 Millionen Euro müssen einschließlich der Kofinanzierung **noch im Sommer 2009 vollständig** landwirtschaftlichen Betrieben, auch Milchbetrieben, zugutekommen.
- Die **Umsetzungsmaßnahmen der zusätzlichen Modulation und im Rahmen des so genannten Milchfonds** müssen schnell greifen, unter anderem in Bayern die Verbesserung der Ausgleichszulage für alle Betriebe, die verbesserte Förderung der Weidehaltung und die Stärkung der Investitionsförderung.
- Die **Banken** sind aufgefordert, in der aktuellen Notlage, durch kurzfristige Umschuldungen sowie einem Aussetzen bzw. einer Streckung von Kredittilgungen die Bauern zu entlasten.

Kostenentlastungen

- **Absenkung der Dieselbesteuerung** auf europäisches Niveau sowie bundesweite **Abschaffung der Ober- und Untergrenze beim Agrardiesel** müssen noch in 2009 umgesetzt werden.
- Eine **steuerliche Risikoausgleichsrücklage** zur Abfederung stark schwankender Erlös- und Ertragssituation in der Landwirtschaft ist sofort und rückwirkend einzuführen.
- Die **Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung** sind mindestens auf dem aktuellen Niveau von rund 200 Millionen Euro fortzuführen.
- **Degressive Abschreibungsmöglichkeiten** sind auf Gebäude und nicht bewegliche Wirtschaftsgüter zu erweitern.
- Die **Besteuerung von Biokraftstoffen** muss sofort abgebaut werden.

Verbesserung des Absatzes

Angesichts der vor allem auch durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten Absatzprobleme auf den Agrar- und Holzmärkten muss die Politik alle Maßnahmen ergreifen, um den Absatz deutlich zu verbessern:

- Wiederaufnahme der Nutzung von Absatzhilfen wie Verarbeitungsbeihilfen
- Ausbau der Ausschreibungsverfahren im Sinne der Intervention
- Einsatz und Verstärkung der Exportförderung, um bestehende Absatzmärkte zu sichern und Nachteile aufgrund von Währungsverschiebungen zu Lasten Europas zu kompensieren
- Exportkreditgarantien und Hermesbürgschaften
- Erhöhung des Absatzes auf dem inländischen und europäischen Markt durch gezielte Marketingstrategien
- alle Verarbeitungsunternehmen, insbesondere Molkereien, und Politik sind aufgefordert, alle Instrumente zu nutzen, um ein schlagkräftiges Exportmarketing aufzubauen
- Ausweitung und unbürokratische Umsetzung des EU-Schulmilchprogramms
- Beibehaltung der bisherigen Produktstandards bei Milcherzeugnissen (zum Beispiel Milchfettanteile in Eiscreme) sowie die Verhinderung des Austausches von Milcherzeugnissen durch Imitate.

Ausbau der Wertschöpfung

- Die Verarbeitungsunternehmen wie zum Beispiel Molkereien müssen ihre Marktposition gezielt ausbauen, gegebenenfalls auch über ein gemeinsames Zusammenwirken.
- Die Bundesregierung muss die rechtlichen Grundlagen für Verkaufskontore und Verkaufsgemeinschaften endlich schaffen.
- Durch die Entwicklung neuer, innovativer Produkte, aber auch durch die Platzierung von regionalen Produkten ist das vorhandene Marktpotenzial besser auszunutzen.
- Die Bundesregierung muss den zerstörerischen Preiskampf im Lebensmitteleinzelhandel um Marktanteile einstellen. Das Kartellamt muss die Marktdominanz des hochkonzentrierten Lebensmitteleinzelhandels überprüfen, um faire Marktbedingungen für deutsche Ernährungs- und Landwirtschaft mit ihren vielen mittelständischen Unternehmen und mit ihren über 350.000 Landwirten sicherzustellen.
- Der Lebensmitteleinzelhandel muss seine gesellschaftspolitische Verantwortung für die gesamte Wertschöpfungskette und für die Sicherung einer nachhaltigen heimischen Landwirtschaft praktizieren.

Die Strukturentwicklung vor allem des Molkereisektors ist inklusive der Gründung von Vertriebs- und Einkaufsgemeinschaften voranzutreiben.